



Mo-Fr 08.00 - 12.00 Uhr
Mo und Mi 14.00 - 16.00 Uhr
(Di und Do Nachmittag
keine Sprechzeit)



Buchungszeichen:

5.0100.033993.7

(bei Anfragen und Überweisungen bitte immer angeben)

Rechtsgrundlagen:

Die festgesetzte/n bzw. geänderte/n Grundsteuer und Abgaben werden aufgrund

- a) des Grundsteuergesetzes (GrStG) vom 07.08.1973 (BGBl. I S 965) in der jeweils geltenden Fassung
- b) der Haushaltssatzung/Hebesatzsatzung der Stadt Meerbusch für das jeweils veranlagte Haushaltsjahr
- c) der Satzungen der Stadt Meerbusch über die aufgeführten Gebühren in den jeweils geltenden Fassungen erhoben, ferner gelten beigefügte Anlagen als Bestandteile des Bescheides.

Grundsteuerpflicht:

Die Veranlagung zur Grundsteuer erfolgt aufgrund des Einheits- und Grundsteuermessbescheides des Finanzamtes. Mit diesem Bescheid wird über die persönliche und sachliche Steuerpflicht entschieden.

Gem. § 182 Abs. 1 in Verbindung mit § 184 Abs. 1 Abgabenordnung (AO) ist dieser Bescheid für Folgebescheide (hier Steuerbescheide der Stadt Meerbusch) bis zum Erlass eines neuen Einheits- und Grundsteuermessbescheides durch das Finanzamt bindend. Eine unterjährige Korrektur der Grundsteueranmeldung wegen Veräußerung des Objektes erfolgt grundsätzlich nicht. Die Grundsteuerpflicht beginnt mit dem 01. Januar des Jahres, das auf den Erwerb des Grundbesitzes folgt. Sie endet zum 31. Dezember des Jahres, in dem der Grundbesitz (durch Kauf, Erbschaft, Schenkung oder ähnliches Rechtsgeschäft) übergegangen ist, grundsätzlich jedoch erst nach Erteilung eines Bescheides über die Zurechnungsfortschreibung durch das Finanzamt auf den/die neue/n Eigentümer/-in.

Gebührenpflicht:

Gebührenpflichtig ist, wer im Zeitpunkt der Bekanntgabe des Bescheides Eigentümer/in des Grundstücks ist. Ist das Grundstück mit einem Erbbaurecht belastet, so ist der/die Erbbauberechtigte an Stelle des/der Eigentümers/in gebührenpflichtig. Mehrere Gebührenpflichtige haften gesamtschuldnerisch, bei Wohnungs- und Teileigentum haften die Wohnungs- und Teileigentümer entsprechend ihrem Miteigentumsanteil.

Zahlungen:

Wird von Ihnen ein Abgabebetrag nicht rechtzeitig geleistet, so wird mit Ablauf des Fälligkeitstages für rückständige Beträge ein Säumniszuschlag nach den gesetzlichen Bestimmungen erhoben. Zusätzlich sind von Ihnen die entstehenden Mahngebühren und die Kosten der Zwangsvollstreckung zu tragen. Falls neben Ihnen noch weitere Personen Eigentümer/in der umseitig beschriebenen Liegenschaften sind, so ergeht dieser Bescheid an Sie mit Wirkung für und gegen alle anderen Miteigentümer.

Vorauszahlungen:

Nach § 29 GrStG hat der/die Steuerschuldner/in bis zur Bekanntgabe eines neuen Steuerbescheides zu den bisherigen Fälligkeitstagen Vorauszahlungen unter Zugrundelegung der zuletzt festgesetzten Jahressteuer zu entrichten.

Jahressumme: Der Jahresbetrag kann auch in einer Summe zum 1. Juli entrichtet werden. Dies ist bis zum 30. September des vorangegangenen Kalenderjahres zu beantragen.

Datenschutzhinweis:

Informationen über die Verarbeitung personenbezogener Daten und über Ihre Rechte nach der Datenschutz-Grundverordnung sowie über Ihre Ansprechpartner in Datenschutzfragen entnehmen Sie bitte der Internetseite der Stadt Meerbusch: <https://meerbusch.de/datenschutz.html>. Entsprechende Informationen können auf Wunsch auch in Papierform zur Verfügung gestellt werden.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch erhoben werden. Der Widerspruch ist an den Bürgermeister der Stadt Meerbusch, Service Finanzen, Hochstraße 1, 40670 Meerbusch zu richten; er kann - möglichst unter Angabe des Buchungszeichens dieses Schreibens - schriftlich oder durch Erklärung zur Niederschrift eingelegt werden. Der Widerspruch kann auch durch De-Mail in der Sendevariante mit bestätigter sicherer Anmeldung nach dem De-Mail-Gesetz erhoben werden. Die De-Mail-Adresse lautet: info@meerbusch.de-mail.de.

Falls die Frist durch das Verschulden eines von Ihnen Bevollmächtigten versäumt werden sollte, so würde dessen Verschulden Ihnen zugerechnet werden. Durch das Einlegen des Widerspruchs wird die Wirksamkeit des Bescheides nicht gehemmt, insbesondere die Zahlungspflicht nicht aufgehoben.